



Presseschau vom 05.08.2015:

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind *Nachrichtenquellen aus den neuen ostukrainischen Volksrepubliken in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.)* und *andere ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer)* gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Abends:

De.sputniknews.com: Aus bislang nicht geklärter Ursache ist in der Nacht auf Mittwoch eine Bar in der ukrainischen Odessa explodiert, berichtet die Zeitung „Ukrainische Prawda“.

Nach ersten Angaben wurde niemand verletzt. Die Bar wurde durch die Explosion schwer beschädigt. Am Vorfalort trafen Polizisten sowie Aktivisten des Rats der Öffentlichen Sicherheit und der Auto-Maidan-Bewegung ein.

„In der Nacht auf den 5. August brach in der Bar ‚Bikini‘ im Stadtviertel Lusanowka nach einer Explosion ein starkes Feuer aus“, so die Zeitung.

Die Zahl der Anschläge in der Schwarzmeerstadt ist in der letzten Zeit deutlich gestiegen.

In der Nacht auf Montag war ein selbstgebastelter Sprengsatz im Stab der gesellschaftlichen Organisation „Selbstverteidigung von Odessa“ (Samooborona Odessa) detoniert.

Am 20. Juli war bei der Detonation einer Handgranate in einer Bar im Stadtzentrum ein Mensch verletzt worden. Am 2. Juli wurde vor dem Cafe „Zu den Engeln“ ein Sprengsatz gezündet.

Anfang Juni war im Gebiet Odessa ein Sprengsatz unter einem beladenen Güterzeug detoniert. Niemand kam zu Schaden. Eine weitere Explosion an einer Eisenbahnstrecke im Gebiet Odessa gab es im Mai. Sie hinterließ einen Trichter von 0,5 Meter Breite und 0,2 Meter Tiefe – auch dieses Mal glücklicherweise ohne Opfer.



http://rusnext.ru/sites/default/files/vzriv_i_pojar_v_luzanovke_gordienko_daet_pokazaniya_6217_0.jpg

Vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen verletzen weiterhin das Regime der Waffeneinstellung und beschießen das Territorium der LVR, teilte die Volksmiliz der LVR mit. Insbesondere wurde am Dienstagabend, 4. August, aus Richtung der Stadt Solotoje die Kreuzung im nordwestlichen Teil der Stadt Perwomajsk beschossen. Das Feuer kam aus Granatwerfern des Kalibers 82mm.

De.sputniknews.com: Russland bekommt laut dem Außenminister Sergej Lawrow nicht alle Informationen über die technische Ermittlung des Absturzes der malaysischen Boeing im Juli 2014 in der Ostukraine, obwohl sie den anderen Ermittlungsländern zur Verfügung gestellt werden.

„Die russischen Teilnehmer bekommen nicht alle Informationen, die unter anderen Teilnehmern dieser Gruppe verbreitet werden“, sagte Lawrow am Mittwoch.

Der Minister äußerte sich auch zu den Behauptungen, die Boeing sei mit einer Rakete aus russischer Produktion abgeschossen worden. Nach seinen Worten genügt es, die Bestandteile der Rakete zu analysieren.

„Es ist sehr leicht, diese Bestandteile zu sammeln und zu analysieren, um herauszufinden, wo diese Rakete hergestellt wurde und bei der Armee welches Staates sie in Dienst steht“, so Lawrow.

Ihm zufolge haben sich die Teilnehmer der Ermittlung nicht an den russischen Konzern Almaz-Antej gewandt. Dieser Konzern stellt nämlich das Flugabwehrraketensystem Buk her, mit dem die malaysische Boeing nach Behauptung von Kiew und einigen westlichen Ländern abgeschossen worden sein soll.

Dan-news.info: Die Mitarbeiter der Verwaltung der Hauptstadt haben seit Beginn der Aktion „Brot in jedes Haus“ in Donezk an die Einwohner 95.000 kostenlose Brotlaibe ausgegeben. Bei der Stadtverwaltung wurde erläutert, dass das kostenlose Brot die Einwohner der am meisten beschossenen Bezirke der Stadt erhalten.

„An der Aktion nahmen die Einwohner der Bezirke Kujbyschewskij, Kiewskij, Kirowskij, Leninskij und Petrowskij teil“, teilte das Bürgermeisteramt mit.

Die Aktion „Brot in jedes Haus“ begann in der Hauptstadt der DVR am 3. Juni 2015. Das Backen übernehmen die örtlichen Produzenten mit Mehl, das aus dem nordkaukasischen föderalen Kreis der RF als humanitäre Hilfe geliefert wurde.

De.sputniknews.com: Mehr als 148.000 Russen haben ihre Unterschriften unter eine Petition gegen die Vernichtung von mit Einfuhrverbot belegten „Sanktionsprodukten“ gesetzt.

Der diesbezügliche Antrag wurde auf der Webseite Change.org veröffentlicht.

Die Verfasser der Initiative fordern von der Staatsduma (Unterhaus), möglichst schnell ein Gesetz über die unentgeltliche Abgabe der zu vernichtenden Lebensmittel und Konsumwaren an besonders bedürftige Bevölkerungsgruppen zu verabschieden.

Die Sanktionen hätten zu einer beträchtlichen Verteuerung von Agrarerzeugnissen geführt, heißt es. Dadurch seien viele Bürger gezwungen, sich beim Essen einzuschränken und gar zu hungern.

Das neue Gesetz würde laut den Verfassern der Petition helfen, das, was die Menschen nach der Verhängung des Einfuhr-Embargos verloren haben, wiedergutzumachen.

„Für die Vernichtung der Lebensmittel sind zusätzliche Ausgaben aus dem Staatshalt erforderlich, während Wohltätigkeitsorganisationen die Produkte verteilen können, ohne dabei den Staatshaushalt zu belasten.“

Die Petition, die mehr als 100.000 Stimmen im Internet gesammelt hat, muss zuerst auf Expertenebene behandelt werden, dann kann sie der Staatsduma zur Erörterung vorgelegt werden.

Zuvor im August hatte der Duma-Abgeordnete Andrej Krutow von der Fraktion Gerechtes Russland der Regierung vorgeschlagen, mit Einfuhrverbot belegte Lebensmittel in den Donbass zu schicken.

Der Leiter des Projekts „MosEko“, Michail Antonow, hatte empfohlen, sie als Dünger zu verwenden.

Am 29. Juli hatte Präsident Wladimir Putin per Erlass angeordnet, unter Verbot stehende Lebensmittel ab dem 6. August zu vernichten. Diese Maßnahme betrifft Agrarerzeugnisse, Rohstoffe und Lebensmittel aus den Ländern, die Wirtschaftssanktionen gegen russische juristische und natürliche Personen verhängt haben.

Über die Konfiszierung und Vernichtung solcher Lebensmittel sollen drei Behörden – der Föderale Zolldienst, die Agraraufsicht (Rosselchhosnadsor) und der Dienst für Verbraucherschutz (Rospotrebnadsor) – im Rahmen ihrer Zuständigkeit entscheiden.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30365/92/303659267.jpg>

Dan-news.info: Ein ziviler Einwohner von Makejewka wurde in der Folge des Beschlusses der Stadt durch ukrainische Truppen verletzt, teilte das Oberhaupt der Stadtverwaltung Jurij Pokniteliza mit.

„Bei uns wurde ein Mensch verletzt, ein Mann von etwa 50 Jahren. Zurzeit befindet er sich im städtischen Krankenhaus Nr. 2, die Situation ist stabil“, sagte er.

Der Vorfall ereignete sich im Tschernowogwardejskij-Bezirk in der Nacht vom 4. auf den 5. August.

„Es waren zwei Straßen betroffen, insgesamt wurden acht Häuser zerstört“, fügte das Stadtoberhaupt hinzu.

De.sputniknews.com: Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat den Ukrainern erneut „offene Türen nach Europa“ versprochen und dabei geäußert, dass sie bereits im nächsten Jahr Visa-frei in die EU einreisen werden. Davon berichtet die Zeitschrift „Stern“ am Mittwoch.

„Das ist versprochen. Europa wird der Ukraine seine Türen öffnen“, sagte Poroschenko in einem Interview mit dem „Stern“. Das Land beabsichtige zudem, sich in fünf bis sechs Jahren um die Mitgliedschaft in der Europäischen Union zu bewerben....

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen ziehen weiterhin ihre Waffen an der Kontaktlinie zusammen, vom Abzug kann von ihrer Seite keine Rede sein, teilte heute der offizielle Vertreter der Volksmiliz der LVR Taras Cholodkow mit.

„In den letzten Tagen beobachten wir von unseren Checkpoints aus eine Konzentration von Waffen nicht nur ein Kalibers unter 100mm, sondern auch darüber. Dies sind Panzer, Artilleriegeschütze, Panzertechnik und andere“, sagte Cholodkow.

Er erläuterte, dass eine Konzentration von Waffen der Kiewer Truppen hauptsächlich in der Nähe der Städte Solotoje, Stschastje sowie in der Umgebung des Dorfes Krymskoje beobachten lässt.

Nach Meinung Cholodkows geben die genannten Handlungen der Kiewer Truppen „nicht einmal Hinweise darauf, dass die ukrainischen Streitkräfte vorhaben, in nächster Zeit ihre Waffen von der Kontaktlinie abzuziehen“.

„Die ukrainischen Streitkräfte ziehen weiterhin ihre Waffen an der Kontaktlinie zusammen, auf einen Abzug gibt es keinerlei Hinweise“, fasst er zusammen.

De.sputniknews.com: Auf der Krim wächst die Terror-Bedrohung durch Kämpfer und Nationalisten aus der Ukraine, wie der Sekretär des Sicherheitsrates Russlands, Nikolai Patruschew, am Mittwoch sagte.

„Man muss die Bildung von Antiterror-Kommissionen in den Kommunalbezirken abschließen. Das ist besonders wichtig vor dem Hintergrund der wachsenden Terror-Bedrohung seitens der Kämpfer und nationalistischer Organisationen der Ukraine“, teilte Patruschew mit.

Nachmittags:

De.sputniknews.com: Der ukrainische Premierminister Arseni Jazenjuk sieht nach eigenen Worten keine Alternative zur Dezentralisierung der Macht im Land und stimmt Präsident Poroschenko bezüglich der Vollendung des Verfassungsprozesses zu....

„Die Frage der Dezentralisierung hat keine Alternativen. (...) Um den Prozess der Dezentralisierung abzuschließen, sind Änderungen im ukrainischen Grundgesetz notwendig, und ich stimme dem Landespräsidenten zu, dass der Verfassungsprozess abgeschlossen werden muss“, sagte Jazenjuk am Mittwoch bei einer Regierungssitzung.

Er äußerte auch die Hoffnung, dass das ukrainische Parlament den Weg der Einbringung von Verfassungsänderungen bezüglich der Dezentralisierung der Macht gehen und das notwendige Paket von Gesetzen annehmen werde, das die Dezentralisierung auf allen Machtebenen abschließen würde, darunter auf den Gebieten Verwaltung, Sozialleistungen, Wirtschaft und Haushalt.

Dnr-online.ru: Mitteilungen des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin

Die Lage in der DVR bleibt schwierig. Die Zahl der Beschüsse betrug in den letzten 24 Stunden 37.

„Auf das Territorium der Republik wurden 52 Artilleriegeschosse des Kalibers 152 und 122mm, 15 Panzergeschosse und 136 Granatgeschosse des Kalibers 82 und 120mm abgeschossen, außerdem wurden kleinere Granatwerfer, Antipanzerwaffen und Schusswaffen verwendet. Am intensivsten mit Artillerie und Granatwerfern wurden Spartak und das Gebiet des Donezker Flughafens von den Positionen der 93. einzelnen mechanisierten Brigade unter dem Kommando Klotschkows aus beschossen. Außerdem starb in der Folge des Artilleriebeschusses mit 152mm-Geschossen im Kiewskij-Bezirk der Stadt Donezk eine Frau, Geburtsjahr 1968. Verluste unter den Soldaten der Armee der DVR gibt es nicht. Außerdem wurden beschossen: Gorlowka, Wasiljewka, Shabitschewo Jasinowataja, Styla, Oktjabrskij.“

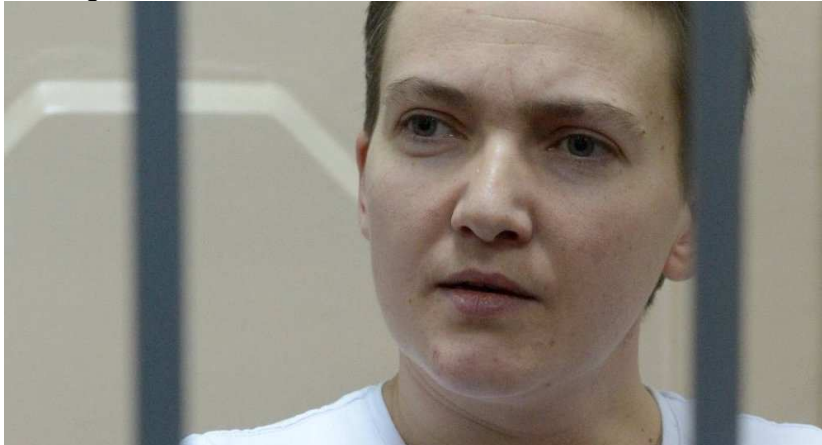
Außerdem teilte Basurin mit, dass die ukrainischen Medien ein weiteres Mal unrichtige Informationen über die Anwesenheit russischer Truppen im Donbass veröffentlichen.

„Ich möchte die Vertreter der OSZE-Mission und anderer offizieller Organisationen an den allen bekannten Arbeitsstil der ukrainischen Informationsagenturen erinnern und im Zusammenhang damit darum bitten, bei der Erstellung der offiziellen Berichte den ukrainischen Informationsagenturen keinen Anlass zu geben die Fakten zu entstellen und zu verdrehen“, erklärte Basurin.

De.sputniknews.com: Kremlsprecher Dmitri Peskow hat Berichte dementiert, laut denen Wladimir Putin vorgeschlagen wurde, die ukrainische Pilotin Nadeschda Sawtschenko, die wegen Mordes an russischen Journalisten im Donbass angeklagt wird, im Austausch gegen eine Landverbindung zwischen Russland und der Krim durch die Ukraine freizulassen.

„Mit dieser Frage sollte man sich an jene wenden, die solche Gerüchte verbreiten. Wir sagen nochmal, dass gegen Nadeschda Sawtschenko ermittelt wird. Sie wird vor Gericht kommen, und das Gericht soll ihre Schuld bestimmen“, so Peskow.

Nadeschda Sawtschenko, Oberleutnant der ukrainischen Streitkräfte und Parlamentsabgeordnete, befindet sich seit Juli 2014 in Haft in Russland. Ihr wird zur Last gelegt, an der Tötung der russischen Fernsehjournalisten Igor Korneljuk und Anton Woloschin im Juni 2014 bei Lugansk beteiligt gewesen zu sein. Ihr drohen 25 Jahre Gefängnis.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30134/04/301340465.jpg>

Dan-news.info: Die Erntekampagne in der DVR wird bis Ende der Woche abgeschlossen sein, erklärte heute der Landwirtschaftsminister Maxim Sawenko.

„Derzeit sind in der Republik 90% des Sommer- und der Frühkulturen geerntet. Es fehlt nur noch ganz wenig. Bis zum Ende der Woche, denke ich, werden wir die Erntekampagne vollständig abgeschlossen haben“, sagte der Minister.

Der durchschnittliche Ertrag betrug 30 Zentner pro Hektar, bei einer Plangröße von 27 Zentnern pro Hektar. Einige Landwirten, darunter im Nowoasowskij-Bezirk, haben Rekorderträge von mehr als 70 Zentner pro Hektar erreicht.

„Wir hätten die Erntekampagne früher beendet, wenn es nicht Ende Juli auf dem ganzen Territorium der Republik geregnet hätte. Die Technik konnte einige Tage wegen des schlechten Wetters nicht auf die Felder“, fügte der Minister hinzu.

Außerdem teilte er mit, dass in der Republik erfolgreich die Heuernte durchgeführt wurde, es wurde genug eingelagert, dass die Tiere nicht hungern werden.

Sawenko unterstrich, dass es aus objektiven Gründen nicht möglich ist, die erzielten Ergebnisse mit den Kennziffern der letzten Jahre zu vergleichen.

„Die Sache liegt daran, dass ein Teil der Dokumente von unseren Vorgängern vernichtet wurde. Die Kennziffern des letzten Jahres mit den jetzigen zu vergleichen wäre auch nicht ganz korrekt, weil die Erntekampagne 2014 unter den Bedingungen von Kämpfen stattfand, ein großer Teil der Ernte wurde vernichtet“, fasste der Minister zusammen.

Sawenko teilte auch mit, dass die Landwirte der DVR im Rahmen der humanitären Hilfe von der RF 22 Landwirtschaftsmaschinen erhalten haben, weitere acht werden in der nächsten Zeit in der DVR eintreffen.

Lug-info.com: Die Volksmiliz der LVR schließt nicht aus, dass die Kiewer Truppen möglicherweise Versuche eines Durchbruchs auf das Territorium der Republik unternehmen,

teilte heute der offizielle Vertreter des Verteidigungsministeriums der Republik Taras Cholodkow mit.

„Nach der Menge an Waffen zu urteilen, die die ukrainischen Streitkräfte an der Kontaktlinie zusammenziehen, sind Versuche der Kiewer Truppen unsere Verteidigung zu durchbrechen völlig denkbar“, sagte Cholodkow.

Nach seiner Meinung sind solche Versuche in den Bereichen der Städte Stschastje, Solotoje, der Ortschaft Krymskoje und Staniza Luganskaja möglich.

„Dort sind die Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte am meisten konzentriert und werden ständig ergänzt“, berichtete Cholodkow.

Gleichzeitig sagte der Vertreter der Volksmiliz, dass die Milizen ausreichend Kräfte und Mittel haben, um alle Durchbruchversuche der Kiewer Truppen durch die Verteidigung der LVR abzuwehren.

„Ja, die Volksmiliz hat ausnahmslos alle Waffen von der Kontaktlinie abgezogen, sogar die eines Kalibers unter 100mm, aber im Falle von Angriffsversuchen auf unser Territorium, werden die Kiewer Truppen eine wirksame Abfuhr erhalten“, sagte Cholodkow.

De.sputniknews.com: Russland hat keinen vollständigen Zugang zu Informationen über die technische Untersuchung des Absturzes der malaysischen Boeing im Osten der Ukraine. Deshalb bleiben einige Fragen für Moskau weiterhin ungeklärt, sagte der russische Außenminister Sergej Lawrow am Mittwoch dem singapurischen Fernsehsender „Channel News Asia“.

Die russischen Experten der ICAO (Internationale Zivilluftfahrtorganisation) könnten weitaus weniger Informationen bekommen, als Fachleute aus den Ländern, die diese Untersuchung initiiert hätten, so Lawrow.

„Bedauerlicherweise ist die eingeleitete Untersuchung nicht unabhängig, nicht sorgfältig und nicht echt international. Statt unter der Schirmherrschaft der ICAO zu handeln, (...) haben die Ukraine, Australien, Belgien und die Niederlande bilaterale Abkommen unterzeichnet, deren Inhalt (...) nicht öffentlich gemacht wurde, und im August 2014 ein Team zur gemeinsamen Strafuntersuchung gebildet“, so Lawrow.

Ihm zufolge haben die Länder, die die Einsetzung eines internationalen Tribunals zum Boeing-Absturz in der Ukraine durchsetzen wollen, ein Jahr lang den Vorschlag Russlands ignoriert, den UN-Sicherheitsrat zu den MH17-Ermittlungen heranzuziehen.

Lawrow betonte zudem, dass die Resolution des UN-Sicherheitsrates über eine sorgfältige und unabhängige Untersuchung des Absturzes der Boeing MH17 im Osten der Ukraine nicht vollständig erfüllt sei und alle Vorschläge Russlands dazu einer nach dem anderen blockiert worden seien.

Der Minister verwies darauf, dass Moskau dem UN-Generalsekretär vorgeschlagen hatte, „einen Sonderbeauftragten zu benennen, der den Fortgang der Untersuchung beobachten könnte“, und eine Spezialmission in das Absturzgebiet zu entsenden. „All diese Vorschläge wurden von den Ländern abgeblockt, die auf der Einrichtung eines Tribunals bestehen“, so Lawrow.

Er äußerte sein Befremden darüber, dass Malaysia zur Teilnahme an den Ermittlungen erst sechs Monate nach der Bildung des Ermittlungsteams durch Australien, Belgien, die Ukraine und die Niederlande eingeladen wurde. Der Minister betonte auch, dass die Untersuchung nicht transparent sei.

Lawrow wandte sich dagegen, dass das internationale Tribunal nach Absicht der Initiatoren des diesbezüglichen Resolutionsentwurfs größtenteils auf ukrainischen Gesetzen beruhen soll.

De.sputniknews.com: Die Initiative zur Einberufung eines Tribunals zum Absturz der malaysischen Boeing in der Ukraine kann ein Vorwand sein, um die ineffiziente Untersuchung der Gründe für die Katastrophe durch den niederländischen Sicherheitsrat

unter den Teppich zu kehren, wie der russische Verteidigungsminister Sergej Lawrow sagte. „Die Initiative zur Einberufung eines Tribunals kann ein Vorwand sein, um die Ineffizienz der Untersuchung zu kaschieren, die unter der Schirmherrschaft des niederländischen Sicherheitsrates durchgeführt wird, was eigentlich ein Verstoß gegen die Richtlinien der Resolution (Nummer 2166) ist, die eine gründliche, umfassende internationale Untersuchung unter der Schirmherrschaft der ICAO vorsieht“, erklärte Lawrow.

„Die Untersuchung muss transparent sein“, unterstrich Lawrow. „Wenn sie abgeschlossen ist, gibt es viele Möglichkeiten, die Schuldigen rechtlich zu verfolgen, darunter über nationale Gerichte. Manche ziehen es jedoch vor, propagandistische Spiele zu betreiben, weil sie nicht genügend Argumente haben, warum diese Idee ein Jahr nach dem Vorfall entstanden ist.“

Dan-news.info: 14 zivile Einwohner der DVR wurden in der Zeit vom 25.-31.7. Opfer der Beschüsse von Seiten der ukrainischen Truppen, teilte heute der Apparat der Bevollmächtigten der DVR für Menschenrechte mit.

„Vom 25. bis zum 31. Juli 2015 starben in der Folge der Kampfhandlungen in der Region 14 Menschen, 3 Frauen und 11 Männer.“

Weitere 11 friedliche Einwohner kamen mit Verletzungen verschiedenen Grads in Krankenhäuser. „Es sind acht Männer sowie 2 Kinder im Alter unter 18 Jahren und drei Frauen.“

De.sputniknews.com: Das russische Verteidigungsministerium weist die vom ukrainischen Sicherheitsdienst erhobene Anschuldigung gegen russische Militärs, den bewaffneten Konflikt in der Ukraine organisiert zu haben, als grundlos zurück. Das erklärte der amtliche Sprecher des Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow, am Mittwoch gegenüber Journalisten.

Konaschenkow nahm damit Stellung zu einer Mitteilung des Chefs des Ermittlungsamtes des ukrainischen Sicherheitsdienstes, Grigori Ostafijtschuk. Dort hieß es, der Generalstabschef der russischen Streitkräfte, Armeegeneral Valeri Gerassimow, und weitere zehn russische Militärs seien wegen „Organisation, Vorbereitung und Entfaltung eines bewaffneten Konfliktes auf ukrainischem Territorium“ zur Fahndung ausgeschrieben worden.

„Uns liegen keine Informationen über die ‚Verdachtsmeldungen‘ vor, die Ostafijtschuk angeblich an die russischen Militärs geschickt hat. Umso unklarer ist, wann, wo und wer von ihnen ‚entsprechende Antworten‘ und in welcher Form bekommen haben soll“, so Konaschenkow.

Gerade solche Individuen wie Ostafijtschuk würden in der letzten Zeit auf ranghohe Posten in den Sicherheitsbehörden der Ukraine gesetzt, „das ist eine offensichtliche Tendenz“, so der Generalmajor.

Abends:

De.sputniknews.com: Die Einfuhr der von russischen Sanktionen betroffenen Lebensmittel nach Russland ist in den letzten Tagen um etwa 80 Prozent geschrumpft. Zu diesem Schluss gelangte die Filiale der russischen Agraraufsicht in den Gebieten Twer und Pskow.

„Analysen haben gezeigt, dass der Import der von Russland verbotenen Ware in der

vergangenen Woche durch die Übergangspunkte an der Staatsgrenze Russlands sowie an der russisch-weißrussischen Grenze um 80 Prozent zurückgegangen ist“, teilte die Behörde am Mittwoch in Moskau mit.

Russlands Präsident Wladimir Putin hatte in der Vorwoche einen Erlass unterzeichnet, wonach die nach Russland eingeführten verbotenen Lebensmittel vom 6. August an vor Ort zu vernichten sind.

Dan-news.info: „In der Zeit vom 25. bis zum 31. Juli wurden sechs Fälle registriert, wo Menschen vermisst sind oder ungesetzlich festgenommen wurden, darunter zwei Zivilisten und vier Soldaten“, wird im wöchentlichen Bericht der Bevollmächtigten der DVR für Menschenrechte festgestellt.

Nach Angaben der Bevollmächtigten sind derzeit 1202 Menschen in Gefangenschaft auf den von Kiew kontrollierten Gebieten, weitere 410 Einwohner der DVR sind vermisst.

„Die Ukraine ignoriert weiterhin den Prozess der Rückkehr der Gefangenen nach Hause“, wird dort unterstrichen.

De.sputniknews.com: Die jüngsten Erklärungen von Präsident Petro Poroschenko, wonach Kampfhandlungen im Donbass möglicherweise bald fortgesetzt würden, sollen die Ukrainer „im Tonus halten“, sagte der Chef des Volksrates der selbst ernannten Republik Donezk, Andrej Purgin, am Mittwoch in Donezk. „Auf diese Weise will er sich selbst als Staatschef schützen.“

„Er (Poroschenko) soll die Spannung innerhalb des ukrainischen Volkes aufrechterhalten, indem er Menschen erzählt, wie er sie schützt. Das alles sind Erklärungen für den Innenbedarf, um sich selbst als Oberhaupt eines Staates zu rechtfertigen, in dem eine ökonomische und moralische Katastrophe tobt“, sagte Purgin.

Am Vortag hatte Poroschenko in einer Sitzung des so genannten Militärkabinetts gefordert, einen präzisen Plan zur Erhöhung der Verteidigungskraft zu erstellen. Der Plan sei für den Fall einer Eskalation des Konflikts im Donbass erforderlich, hatte der Präsident gesagt.

Dan-news.info: Mehr als 50 Prozent der Heizwerke der DVR sind bereit für den bevorstehenden Beginn der Heizsaison, teilte heute der Minister der DVR für Bauwesen und Kommunalwirtschaft Wasilij Rassadnikow auf einem Arbeitstreffen mit den Oberhäuptern der Städte und Bezirke der DVR mit.

„Zurzeit sind in der Republik 52 Prozent der Heizwerke vollständig bereit für die Heizsaison. Es wurden etwa 30km Rohrleitungen ausgetauscht.“

Rassadnikow fügte hinzu, dass insgesamt auf dem Territorium der DVR 1086 Heizwerke in Betrieb sind.

Die Heizsaison in der DVR beginnt am 15. Oktober. Zuerst werden soziale Objekte wie Kindergärten, Schulen und medizinische Einrichtungen geheizt.“

De.sputniknews.com: Kiew hat laut Parlamentspräsident Wladimir Grojsman nicht die Absicht, irgendwelche Vereinbarungen mit den Aufständischen im Donbass über einen Sonderstatus der Region zu unterzeichnen. „Auf den von Kiew nicht kontrollierten Territorien wird es keine Wahlen geben“, schrieb Grojsman am Mittwoch bei Facebook.

Auch eine Amnestie für jene, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen hätten, sei nicht geplant. „Ich bin schon müde zu wiederholen, dass es keinen Sonderstatus geben wird. Wir haben ein Gesetz über Besonderheiten der örtlichen Selbstverwaltung auf einigen Territorien der Gebiete Lugansk und Donezk. Dieses Dokument enthält klare Mechanismen

für die Regulierung des Lebens auf diesen Territorien.“

Aber zuvor sollten die Extremisten die Waffen strecken und die Kontrolle über die ukrainisch-russischen Grenze wiederhergestellt werden. „Niemand hatte die Absicht, Geheimdokumente mit den Extremisten zu unterschreiben, und wird sie auch nicht haben. Und der Westen hat uns nicht gegen Syrien, den Iran oder irgendein anderes Land getauscht“, schrieb Grojsman.

In der Vorwoche hatte das Verfassungsgericht der Ukraine den Entwurf von Änderungen am Grundgesetz für verfassungskonform erklärt. Demnach soll der Status der Donbass-Region durch ein Sondergesetz festgelegt werden. Am Montag wurde der Entwurf in der Werchowna Rada eingebracht. Die Abgeordneten planen, die Verfassungsänderungen im Herbst zu billigen.

Die Ortswahlen in der Ukraine sind zum 25. Oktober angesetzt. Indes wollen die selbst ernannten Republiken Donezk und Lugansk ihre Ortswahlen noch im August durchführen.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30208/80/302088020.jpg>